



DSTG informiert

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

Jahrgang 2011 Nr. 1

Gabi Kluge Gabi Pingel Andrea Sauer-Schnieber Ursula Wagenblaß



**DSTG-Frauen:
Erfahrungen anderer nutzen!**



Leben heißt Veränderung – wir begleiten Sie.

Absicherung und Vorsorge
rechtzeitig checken lassen!

**Jetzt Termin
vereinbaren!**

Das Leben bringt viele Veränderungen mit sich,
z. B. der Start ins Berufsleben oder die Gründung
einer Familie.

Denken Sie in solchen Situationen daran, Ihre
Absicherung und Vorsorge anpassen zu lassen?
Wissen Sie, was zu tun ist?

**Nutzen Sie unser unverbindliches Beratungs-
angebot. Vereinbaren Sie jetzt einen Termin.**

GESCHÄFTSSTELLE

Berlin

Telefon 030 21302-411

Telefax 030 21302-282

Marburger Straße 10

10789 Berlin

Öffnungszeiten:

Mo.–Do. 8.00–18.00 Uhr

Fr. 8.00–16.00 Uhr



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein neues Jahr hat begonnen. Ein Jahr, das uns allen im Arbeitsleben vieles abverlangen wird. Ein Jahr aber auch, das uns Möglichkeiten verschafft, da es im Zeichen der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus steht. Wir – die Deutsche Steuer-Gewerkschaft – als die Interessenvertretung der Beschäftigten in den Finanzämtern, werden gerade in diesem Jahr noch einmal den Druck auf die Politik erhöhen. Unser Ziel ist es, die Politiker/innen aller Parteien mit den Sorgen und Nöten der Beschäftigten vertraut zu machen und auf Abhilfe zu drängen. Unser Hauptaugenmerk wird nicht nur darauf gerichtet sein, immer wieder auf die eklatant schlechte Personalausstattung hinzuweisen, sondern auch einen Stilwandel im Umgang mit den Beschäftigten einzufordern. Wertschätzung ist dabei das Zauberwort, das bei politisch Verantwortlichen aber auch von hohen Repräsentanten unserer eigenen Verwaltung eher ein Fremdwort zu sein scheint.



Detlef Dames

Ein Mangel an Wertschätzung begegnet uns allorts. Dieser hat viele Gesichter und tritt in unterschiedlichen Formen und Ausprägungen in Erscheinung.

Mangelnde Wertschätzung besteht darin, wenn Ihre Gesundheit der Oberbehörde kein echtes Anliegen ist und in der öffentlichen Darstellung nicht mehr von Krankenquote, sondern verharmlosend von einer Gesundheitsquote gesprochen wird. Angereichert wird diese Instinktlosigkeit, indem bei Ermittlung der Quote als Basis nicht die Arbeitstage, sondern die Kalendertage zu Grunde gelegt werden. Somit beeinflussen insbesondere die Wochenenden und der Urlaub („gesund“) die Quote positiv. Dieser Taschenspielertrick zielt nur darauf ab, Statistiken zu schönen und den Abgeordneten bei Kleinen Anfragen Sand in die Augen zu streuen. Mangelnde Wertschätzung besteht auch darin, nachhaltig einen offensichtlichen Zusammenhang zwischen steigender Krankenquote und der Umstrukturierungsmaßnahme zum FA 2010 hin zu leugnen. Mangelnde Wertschätzung ließ auch der Senator für Finanzen in seinen Weihnachtsgrüßen erkennen; konnte man sich doch nicht des Eindrucks erwehren, dass er sich gerade angesichts seines Dankes an Gott und die Welt auch noch der Verdienste der Kollegenschaft in den Finanzämtern erinnerte und sich bedankte. Aber selbst hierbei wurde von ihm kein Fettnäpfchen ausgelassen, indem er sich ausdrücklich und ausschließlich bei den Steuerbeamten bedankte. Frauen und Arbeitnehmer wurden jedenfalls nicht angesprochen.

Mangelnde Wertschätzung erfahren aber auch die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen, die bislang vergeblich auf ein Signal aus der Politik warten, dass auch ihre Besoldung bis spätestens 2017 – siehe die Regelungen im Tarifbereich – wieder an das Bundesniveau angeglichen wird. Es ist ungeheuerlich, der Beamtenschaft das vorzuenthalten, was den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu Recht zugebilligt wurde.

Zu den vordringlichsten Zielen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft wird es in diesem Jahr gehören, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Die Motivation der Beschäftigten bekommt die Politik nicht für umsonst. Der neue politische Stil muss geprägt sein von Wertschätzung, die sich sowohl in verbalem Lob als auch in finanzieller Anerkennung für alle ausdrückt.

Für diese berechtigte Forderung der Beschäftigten wird die Deutsche Steuer-Gewerkschaft auch weiterhin kämpfen.

Mit kollegialen Grüßen

ERFAHRUNGEN ANDERER LÄNDER NUTZEN!

Anfang Dezember 2010 traf sich die DSTG-Bundesfrauenvertretung zu ihrer turnusgemäßen Sitzung. Für den Landesverband Berlin waren Gabriela Kluge und Gabriela Pingel dabei.

Im Mittelpunkt des bundesweiten Austausches stand diesmal das Thema Gesundheitsmanagement. Hierzu konnte als Sachverständige Martina Braun von der OFD Karlsruhe begrüßt werden. Sie berichtete, dass es dort Hilfestellung durch bei der OFD angestellte Psychologen gibt, die Sprechstunden in den Finanzämtern und auch in den Räumen der OFD anbieten. Es ist gewährleistet, dass außer den Psychologen und der hilfesuchenden Person keiner über die Inanspruchnahme und den Inhalt der Hilfe Kenntnis erlangt. Hintergrund dieser Maßnahme sei eine Untersuchung, die ergab, dass viel Stress bei gleichzeitiger intensiver sozialer Unterstützung bei 17 % der Erkrankten zu psychosomatischen Beschwerden führen. Hingegen treten solche bei viel Stress und wenig sozialer Unterstützung bei 57 % auf.

Aus der Arbeit der Bundesleitung berichtete Manfred Lehmann (stellv. Bundesvorsitzender der DSTG) kritisch über die aktuellen Entwicklungen. So stellte er dar, dass ELSTAM wahrscheinlich nicht so umgesetzt werden kann wie geplant, da erhebliche Mängel beim Datenschutz angemeldet wurden. Auch die Einführung von vorausgefüllten Steuererklärungen erscheine mehr als fragwürdig, da vermutlich nicht alle notwendigen Daten vorliegen werden.

Die Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung Andrea Sauer-Schnieber erläuterte, dass der dbb beamtenbund und tarifunion Lebensarbeitszeitkonten für Beamtinnen und Beamte fordert. In den Tarifverträgen sind diese für die Tarifbeschäftigten bereits vorgesehen. Des Weiteren wurde berichtet, dass das Land Sachsen in den Tarifverhandlungen für die dortige Lehrerschaft einen Kompromissvorschlag zurückgezogen hat. Grund dafür war, dass bei einer Demonstration der Beschäftigten nur 150 Lehrerinnen und Lehrer teilnahmen. Das Land Sachsen unterstellte daraufhin, dass die betroffenen Beschäftigten an einer Tarifierhöhung nicht interessiert seien.

Ein solches Verhalten kann sich auch der Berliner Senat zum (schlechten) Vorbild nehmen. Deshalb ist eine Teilnahme an künftigen Demonstrationen und Protestaktionen für alle Bediensteten in Berlin unverzichtbar - egal ob Tarifbeschäftigte oder Beamtinnen und Beamte!!!

Abschließend berichteten die Frauenvertreterinnen aus den Landes- und Bezirksverbänden der DSTG über Entwicklungen in ihrem Bereich. So hat die OFD in Hessen einen Leitfaden für den beruflichen Wiedereinstieg als Baustein für Vereinbarkeit von Beruf und Familie herausgegeben. Die Steuerverwaltung in Nordrhein-Westfalen hat derzeit 200 Heimarbeitsplätze in der Pilotphase. Auch Baden-Württemberg erprobt Heimarbeitsplätze. Rheinland-Pfalz bietet Interessierten Telearbeitsplätze. Man sieht also, dass derartige Lösungen auch unter Wahrung des Steuergeheimnisses gehen - warum nur nicht für die Senatsverwaltung für Finanzen?

Bei Anregungen und Fragen kontaktieren Sie uns bitte gerne!!!

Gabriela.kluge@dstg-berlin.de
Gabriela.pingel@dstg-berlin.de

URLAUBSGELD WIRD WEITER VORENTHALTEN

Die Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) hat für einen Teil der Tarifbeschäftigten die Zahlung des Urlaubsgelds zum 31. Juli 2010 verweigert und dies damit begründet, der Tarifvertrag Urlaubsgeld sei mit der Inkraftsetzung des Anwendungs-TV außer Kraft getreten. Er gelte nur für diejenigen fort, die zum Zeitpunkt der Außerkraftsetzung bereits Beschäftigte des Landes Berlin waren. Damit wurden von SenFin die ehemaligen Anwärtinnen und Anwärter von der Zahlung des Urlaubsgelds ausgeschlossen, die nach ihrem Abschluss im Jahr 2009 eine Beschäftigung für ein Jahr im Arbeitnehmerverhältnis erhalten hatten.

Die DSTG-Berlin teilt die Auffassung von SenFin keinesfalls, da aus unserer Sicht der Anwendungs-TV den TV Urlaubsgeld nicht ausschließt. Deshalb hat die DSTG allen betroffenen Mitgliedern rechtlichen Schutz im Falle einer Klage zugesagt. Zudem haben die Tarifvertragsparteien in einer Protokollerklärung zum Angleichungs-TV ausdrücklich vereinbart, dass alle Anspruchsberechtigten das Urlaubsgeld nachgezahlt bekommen sollten.

In der Zwischenzeit hat SenFin aus ihrer Sicht eine übertarifliche Leistung durch die Zahlung einer anteiligen Zuwendung (Weihnachtsgeld) im Monat Dezember 2010 erbracht. Dies kann jedoch das tarifwidrige Vorenthalten des Urlaubsgelds in keiner Weise ausgleichen, da eine freiwillige Leistung eine vorenthaltene tarifkonforme Leistung nicht kompensieren kann.

Die DSTG sieht in der Zahlung des Weihnachtsgelds eine Maßnahme zur "Besänftigung" der Berechtigten und wird deshalb die Mitglieder weiterhin rechtlich unterstützen, die sich gegen die Verweigerung der noch ausstehenden Zahlung zur Wehr setzen wollen.

Mitglieder, die in der Angelegenheit "Urlaubsgeld 2010" noch keinen Rechtsschutz beansprucht haben, dies jedoch wünschen, wenden sich bitte umgehend an ihre Bezirksgruppe, um die sechsmo- natige Frist, die ihre Ansprüche ausschließen würde, nicht zur Wirkung kommen zu lassen.

FORDERUNG NACH TRANSPARENZ ERFÜLLT

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat darüber informiert, dass die dortigen Kolleginnen und Kollegen mit Hochdruck an der Überleitung der Tarifbeschäftigten in den TV-L arbeiten. Es müssen insbesondere die individuellen Besitzstandszulagen ermittelt werden. Voraussichtlich im April soll dann die maschinelle Überleitung erfolgen. Diese wird in jedem einzelnen Fall manuell überprüft werden. Erst danach ist mit der individuellen Benachrichtigung der Beschäftigten zu rechnen. Nur ausnahmsweise soll eine vorherige Mitteilung erfolgen, wenn sich das Vergleichsentgelt ändert (z. B. durch Veränderungen beim Ortszuschlag, den kinderbezogenen Bestandteilen oder aufgrund von Höhergruppierungen).

Die Senatsverwaltung hat bei der Überleitung größtmögliche Transparenz zugesagt - wenn möglich soll jede/r Tarifbeschäftigte eine Kopie des Berechnungsbogens erhalten, aus dem die einzelnen Bestandteile des Vergleichsentgelts sowohl der Art als auch der Höhe nach ausgewiesen sind. Damit wäre eine wesentliche Forderung der DSTG erfüllt.

Die DSTG weist in diesem Zusammenhang nochmals auf § 3 der Überleitung in den TV-L hin. Danach erfolgt die Überleitung in 2 Schritten:

1. Zuordnung der Vergütungs- bzw. Lohngruppe mit Stand am 31. Oktober 2010 zu einer Entgeltgruppe (§ 4 TVÜ-L).
2. Ermittlung des Vergleichsentgelts (§ 5 TVÜ-L) und Stufenzuordnung innerhalb der Entgeltgruppe. Dabei ist zwischen den bisherigen Statusgruppen der Angestellten (§ 6 TVÜ-L) sowie der Arbeiterinnen und Arbeiter (§ 7 TVÜ-L) zu unterscheiden.

Wir werden Sie auch weiterhin mit den Themen des TVL / TVÜ-L auf dem Laufenden halten.

Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 6-Fachen
Ihrer Nettobezüge
7,99 % p. a.²⁾

0, Euro

Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit unserer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank unserer langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir auch heute bevorzugter Partner von Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung und BankCard
- Regelmäßiger und kostenfreier Ratgeber „Rund ums Geld im öffentlichen Sektor“
- Regelmäßiger E-Mail-Newsletter
- Bequemer Kontowechsel für Ihr bisheriges Konto
- Kostenfreie Bargeldversorgung an allen Geldautomaten der BBBank sowie an über 2.500 Geldautomaten unserer CashPool-Partner
- Kostengünstige Verfügungsmöglichkeiten an über 18.000 Geldautomaten des genossenschaftlichen BankCard ServiceNetzes.

+ Abruf-Dispokredit^{1) 3)}

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge, Mindestrahmen 5.000,- Euro

+ 0,- Euro Depot³⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

Jetzt informieren:

Maike Hanke, Kundenberaterin Öffentlicher Dienst
Mobil 01 72/6 79 74 73, E-Mail maike.hanke@bbbank.de
www.bezuegekonto.de

+ 30,- Euro Startguthaben über das

 **dbb**
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

ZWEI STARKE PARTNER



DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung
Landesverband Berlin



Die DSTG Berlin hat bereits 2010 ihre sportlichen Aktivitäten auf die Berliner Finanzsportgemeinschaft e.V. (BFSG) übertragen. Damit trägt die BFSG die Verantwortung für die traditionellen Turniere im Fußball, Bowling, Tischtennis, Tennis, Schach und Kegeln. Darüber hinaus kümmert sich die BFSG um das regelmäßige Training der Volleyballspieler/innen und ist Ansprechpartnerin für die Deutschlandturniere der Finanzämter.

Neue Mitglieder zur (aktiven oder passiven) Unterstützung dieser Aktivitäten sind herzlich willkommen - Jahresbeitrag nur 12 €.

Weitere Informationen zur BFSG und zu den Sportveranstaltungen finden Sie ab sofort unter

www.bfsg-berlin.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Landesverband Berlin
Molzstr. 32, 10777 Berlin, Tel.: 030 - 21473040 Fax: 030 - 21473041
www.dstg-berlin.de, e-mail: info@dstg-berlin.de

V.i.S.d.P.: Delfe Dames, Landesvorsitzender

Redaktion: Delfe Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Henrik Vathke

Fotos: Archiv der DSTG Berlin

Anzeigenverwaltung: Gatz Lemke, Landesgeschäftsstelle

Druck: saxoprint GmbH, Digital- und Offsetdrucker, Linderstr. 54, 01277 Dresden www.meindruckportal.de

Auflage: 7.500 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Leserzugswiese: 10 x jährlich

Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars.
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasser/innen dar, die mit der Meinung der DSTG Berlin nicht übereinstimmen muss.



„psd...weiterragen!“

PSD Bank
Berlin-Brandenburg eG



Die PSD Bank ist eine beratende Direktbank für Privatkunden in Berlin und Brandenburg. Vor mehr als 135 Jahren gegründet, hat sie heute über 83.000 zufriedene Kunden.

Beste Konditionen – und fair

Unsere Mitglieder und Kunden fördern wir mit bestmöglichen Konditionen, individuellem Service und persönlicher Beratung. Und: Unsere guten Konditionen gelten für alle! Wo andere mit Lockangeboten versuchen, „frisches“ Geld ins Haus zu holen, bieten wir allen unseren Kunden gleich gute Bedingungen.

Unsere guten Leistungen sind dauerhaft: So wurde unser

PSD GiroDirekt 2010 im 6. Jahr in Folge einer der Testsieger der Stiftung

PSD GiroDirekt –
das Gehaltskonto, das mitverdient.

Zinsen ab dem ersten Cent, kostenlose Kontoführung mit ec-Karte und Kreditkarte. An über 18.600 Geldautomaten kostenlose Bargeldverfügungen. Und dazu der äußerst günstige PSD DispoKredit.



Warentest. Auch unsere Angebote für Geldanlagen und Kredite finden Sie in Produktvergleichen oft an der Spitze.

Wir beraten persönlich

Wir sind für Sie per Telefon erreichbar – an sieben Tagen in der Woche. Auch online, per Fax oder Post und in unserem Beratungszentrum stehen wir Ihnen zur Verfügung. Auf Wunsch besuchen Sie unsere Finanzberater auch gern zu Haus. Mit 14 weiteren selbstständigen PSD Banken gehören wir dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) an und sind Mitglied im Einlagensicherungsfonds des BVR.

Weitere Informationen und tagesaktuelle Konditionen erhalten Sie unter www.psd-berlin-brandenburg.de

Oder rufen Sie uns an, wir beraten Sie gern:
Telefon (030) 850 82-550

PSD Bank Berlin-Brandenburg eG
Handjerystraße 34-36
12159 Berlin (Friedenau)

M48, M85, 186, 246
U9 Friedrich-Wilhelm-Platz
S1 Friedenau

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



DIE AUSBILDUNG MUSS ATTRAKTIVER WERDEN!

Seit Jahren kann die Senatsverwaltung für Finanzen die ohnehin zu wenigen Ausbildungsplätze in der Berliner Steuerverwaltung nur mit Schwierigkeiten und zum Teil nicht in geplanter Höhe besetzen. Im Jahr 2010 wurden gerade einmal 69 Steueranwärter und Steueranwärterinnen sowie 138 Finanzanwärter und Finanzanwärterinnen eingestellt – obwohl 100 bzw. 150 Einstellungen angepeilt waren. Für 2011 sind für jede Laufbahn 150 Anwärter geplant. Selbst wenn alle Anwärter und Anwärterinnen nach bestandener Laufbahnprüfung in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen würden, sind damit die Personalprobleme in den Finanzämtern bei weitem nicht gelöst. Der Personalabbau setzt sich fort, da die Abgänge die Einstellungen weiterhin übersteigen und frisch ausgebildete Anwärter einen „alten Hasen“ noch lange nicht adäquat ersetzen können.

Wie prekär sich die Einstellungssituation darstellt, ist anhand der Präsentation der Vorsteherbesprechung vom 01.12.2010 aus dem AIS erkennbar. Bis zum 18.11.2010 lagen gerade einmal 218 (m.D.) und 443 (g.D.) Bewerbungen vor. Die Bewerbungsfrist ist mittlerweile abgelaufen und es ist zu befürchten, dass auch in 2011 nicht alle Ausbildungsplätze besetzt werden können.

Doch wie kann das Interesse an einer Ausbildung im Finanzamt gesteigert werden?

Wenn man zum Beispiel bedenkt, dass von der Ausbildungsvergütung sämtliche Lehrbücher und Gesetze selbst gekauft (und ständig aktualisiert!) werden müssen und die Ausbildung in Königs Wusterhausen stattfindet, also entweder ein langer Fahrtweg oder die Kosten für eine zusätzliche Unterkunft in Kauf genommen werden müssen, erscheinen andere Ausbildungsberufe als äußerst attraktiv. Die Senatsverwaltung für Finanzen läuft Gefahr, den Wettstreit mit der privaten Wirtschaft um die besten Bewerber zu verlieren.



DSTG und DSTG-Jugend fordern daher von der Senatsverwaltung für Finanzen, mehr aktive und vor allem zeitgemäße Werbung für die Ausbildung im Finanzamt zu machen. Angesichts der sinkenden Zahl an Schulabgängern reicht es nicht mehr, ein paar Plakate aufzuhängen, einige Flyer auszulegen und eine Mitteilung ins Internet zu stellen. Die Steuerverwaltung muss auf Ausbildungsmessen und möglichst auch in den Schulen präsent sein, um direkt mit potentiellen Bewerberinnen und Bewerbern ins Gespräch zu kommen (2012 ist der letzte doppelte Abiturjahrgang mit einer ausreichenden Anzahl an Bewerberpotential!). Die Möglichkeiten der modernen Medien müssen genutzt werden, um auf die Ausbildungsberufe aufmerksam zu machen.

Beispiel gefällig?

Die Steuerverwaltungen von Hamburg und Schleswig-Holstein sowie das Finanzamt Westerstede sind auf der Internetplattform youtube zu finden!

Unabhängig davon sind die Anwärterinnen und Anwärter mit den notwendigen Sachmitteln auszustatten. Die Senatsverwaltung für Finanzen muss sich entscheiden, die theoretische Ausbildung nach Berlin zu holen oder aber die Unterbringungskosten in Königs Wusterhausen zu übernehmen.

Die DSTG fordert zudem seit Jahren, die Ausbildungsvergütung zu erhöhen und schon zu Beginn der Ausbildung die Zusage zur Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe bei bestandener Laufbahnprüfung zu geben. Es ist weder nachvollziehbar noch vertretbar, dass in der heutigen Zeit, in der das Ringen um Fachkräfte längst entbrannt ist, teuer ausgebildete Anwärter die Verwaltung verlassen müssen, nur weil sie Ihre Ausbildung mit „ausreichend“ abgeschlossen haben!